

Vorwort

Die Europapolitik und ihre wissenschaftliche Reflexion wurden im vergangenen Jahr durch mehrere externe und interne Ereignisse geprägt. Mit dem häufig unscharf und inflationär benutzten Begriff der „Krise“ drängten sich gleichzeitig unterschiedliche Schwerpunkte auf die Agenda. Der Zusammenbruch des US-Hypothekenmarkts und damit eines tragenden Pfeilers der amerikanischen Wirtschaft hat eine Wirtschafts- und Finanzkrise mit erschütternden Auswirkungen auf die globalen Märkte ausgelöst. Innereuropäisch standen nicht allein die Europawahlen und die Besetzung der neuen EU-Kommission im Mittelpunkt des Interesses. Vielmehr dominierte die Fortführung des Ratifizierungsprozesses des Vertrags von Lissabon – den der am 16. September 2009 vom Europäischen Parlament für eine zweite Amtszeit gewählte Kommissionspräsident Barroso treffend als „Marathon mit Hindernissen“ bezeichnete – die politische Agenda. Das Lissabon-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts, das Zittern um das irische Referendum und die lange Ratifizierungsblockade durch den tschechischen Präsidenten haben erneut grundsätzliche Fragen zur Europäischen Einigung aufgeworfen. Das Jahrbuch der Europäischen Integration 2009 widmet sich neben der tagespolitischen Berichterstattung der Renaissance von Grundsatzfragen.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise forderte massiv eine europäische Antwort. Die Entscheidungen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise waren jedoch häufig reaktiv und entsprachen nicht immer den Erwartungen. Dies ist auch auf die komplexe Entscheidungsstruktur der Europäischen Union zurückzuführen, die sich auf zahlreiche Ebenen und Akteure erstreckt. Im *Kapitel zu den Institutionen der Europäischen Union* werden die drängenden Fragen des komplexen EU-Entscheidungsgefüges sichtbar, auf die der nun fast zwei Jahre nach seiner Unterzeichnung am 1. Dezember 2009 in Kraft tretende Vertrag von Lissabon institutionelle Antworten bietet.

Dass die Interessenheterogenität der EU der 27 nicht nur schwerfällige Formelkompromisse erlaubt, zeigt sich im *Kapitel zur Innenpolitik der Europäischen Union*. Der Druck, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, hat die Mitgliedstaaten der EU gerade im vergangenen Jahr näher zusammenrücken lassen – sei es mit Blick auf die Formulierung einer integrierten Energie- und Klimaschutzpolitik, bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, in der Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik oder bei einem gemeinsamen wissenschafts- und forschungspolitischen Ansatz. Selbst die Sportpolitik, die mit einem Beitrag von Jürgen Mittag neu ins Jahrbuch aufgenommen wurde, bleibt nicht ausgeklammert.

Auf die Frage nach der Reichweite und dem Potenzial der weltpolitischen Mitverantwortung der Europäischen Union präsentiert das *Kapitel zur Außenpolitik der Europäischen Union* eine gemischte Bilanz. Auch wenn sich die EU als Vermittler zwischen Russland und Georgien im Kaukasus-Konflikt als eigenständiger Akteur in Krisensituationen behaupten konnte, werden die Uneinigkeit der 27 EU-Mitgliedstaaten insbesondere in der Russland- und Ostpolitik besonders deutlich. Viele EU-Staaten sehen ihre Sicherheitsinteressen primär durch USA und NATO vertreten, nicht durch den Ausbau der EU zum Sicherheitsakteur, der eine, wie auch immer geartete partnerschaftliche Beziehung zu Russland mit einschließt. Ohne eine genuin europäische strategische Identität leidet die Handlungsfähigkeit der Union.

Im *Kapitel zur politischen Infrastruktur* zeigt sich, dass nicht nur die öffentliche Meinung und die Interessenvertretung in der EU differenzierter geworden sind, auch das Meinungsspektrum der Europäischen Parteien hat sich erweitert. In diesem Jahr wurde erstmals ein Beitrag zu Religionen und Glaubensgemeinschaften in der Europäischen Union aufgenommen, Matthias Belafi berichtet.

Die Europäische Union der heute 27 Mitgliedstaaten ist eine andere Union als noch zu Zeiten der verhältnismäßig homogenen 12er- oder 15er-Gemeinschaften. Die Vorstellungen davon, wie sich das Gebilde namens EU entwickeln soll, streben zunehmend weiter auseinander. Das *Kapitel zur Europapolitik in den Mitgliedstaaten* berichtet über die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der 27 EU-Ländern und skizziert die verschiedenen Antworten der Mitgliedstaaten auf die Grundsatzfragen des Integrationsprozesses. Anschaulich wird, dass nationale Begleitgesetze, wie in der Bundesrepublik Deutschland, oder Sondervereinbarungen mit einzelnen EU-Ländern, wie mit Irland oder der Tschechischen Republik, nur kurzfristige Lösungen bieten können. Neu unter den Autoren und Autorinnen, die über die Europapolitik der Mitgliedstaaten berichten, sind Maria Ruxandra Lupu (Dänemark), Tuulia Nieminen (Finnland) und Detlev Henning (Lettland).

Eine Reihe architektonischer Verschiebungen werfen zusätzlich neue Fragen auf. Diese offenbaren sich besonders deutlich im *Kapitel zur Erweiterung der Europäischen Union*. Die außenpolitische Differenzierung Europas zeigt sich in den zwei anspruchsvollen Projekten, der „Mittelmeer-Union“ und der „Östlichen Partnerschaft“. Gleichzeitig werden die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, der Türkei und Mazedonien – in diesem Jahr informiert Oliver Schwarz – fortgesetzt und weitere Staaten, wie Island, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro und Israel, signalisieren ebenfalls ein Beitrittsinteresse.

Das *Kapitel zur EU und anderen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Kooperationsformen von EU und NATO sowie in diesem Jahr mit einem Beitrag von Ursel Schlichting erneut über das Verhältnis von EU und OSZE.

Die Chronologie von Bettina Reiter, eine Zusammenstellung des europapolitischen Informationsangebots im Internet und eine umfangreiche Bibliographie, die in diesem Jahr von Livia Schroedel zusammengestellt wurde, runden den Band im Anhang ab.

In diesem Jahr ist es uns eine besondere Freude, den Internetauftritt des Jahrbuchs der Europäischen Integration unter „www.Wissen-Europa.de“ anzukündigen. Durch die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 stehen dort einem breiten Publikum fast drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Isabelle Tannous danken wir herzlich, ohne ihre sachkundige Redaktion wäre die Realisierung dieses Projekts undenkbar.